



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vom 6. Februar 2013

Aus Berlin

Gesundheitspolitik bringt Neuerungen auf den Weg

Der Bundesrat und der Bundestag haben zwei neue gesundheitspolitische Gesetze und eine neue Verordnung verabschiedet. Das Patientenrechtegesetz und die Verordnung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) passierten den Bundesrat und der Bundestag beschloss das Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz.

(Pressemitteilungen des Bundesgesundheitsministeriums, 1. Februar)

Bundesgesundheitsministerium hält an Arzneimittelabschlag fest

Die jährliche Prüfung des Preismoratoriums und der gesetzlichen Herstellerabschläge auf den Arzneimittelpreis ist beendet. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) hält auch in diesem Jahr an beiden Maßnahmen fest. Zwei Gründe sind zum Beispiel die gesamtwirtschaftliche Lage und die positive Situation der pharmazeutischen Unternehmen. Es bleibt also dabei, dass Preiserhöhungen für Arzneimittel nicht mit der Krankenversicherung abgerechnet werden können und ein Herstellerabschlag von 16 Prozent auf verschreibungspflichtige Arzneimittel ohne Festbetrag sowie von 6 Prozent für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel geleistet werden muss. (Ärzte Zeitung, 31. Januar; Pressemitteilung des BMG, 30. Januar)

Privat Versicherte erhalten mehr Rechte

Der Bundestag hat privat krankenversicherten Patienten mit einem Gesetz zur Änderung versicherungsrechtlicher Vorschriften mehr Rechte eingeräumt. Sie können nun unter anderem jederzeit in den Basistarif ohne Selbstbehalt wechseln, wenn durch den ursprünglich vereinbarten Selbstbehalt die Prämie nicht angemessen verringert wird. Außerdem haben privat Versicherte nun zwei Monate statt einen Monat Zeit, um nach einer Prämienerhöhung oder Leistungsminderung ihre Versicherung zu kündigen. (Deutsches Ärzteblatt online, 5. Februar)

Aus KBV und KVen

KBV äußert sich zum geplanten Präventionsgesetz

In einer Stellungnahme hat die KBV Kritik am Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums für ein Gesetzes zur Förderung der Prävention geübt. Das System der vertragsärztlichen Versorgung und die Psychotherapie würden nicht ausreichend berücksichtigt. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Krankenkassen Leistungen in ihre Satzungen aufnehmen müssen. Das sei unzureichend und zu unverbindlich, so die KBV in ihrer Stellungnahme. Im Gesetzentwurf fehle auch die von Kinder- und Jugendärzten geforderte zweite Jugendgesundheitsuntersuchung (J2). (Stellungnahme der KBV, 1. Februar)

Honorarbericht für das vierte Quartal 2011 erschienen

Die KBV hat einen neuen <u>Honorarbericht</u> veröffentlicht. Er bildet den Honorarumsatz der Vertragsärzte und -psychotherapeuten im vierten Quartal 2011 ab – gegliedert nach Regionen und Arztgruppen – und vergleicht in einer Jahresbilanz die Daten von 2010 und 2011.

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Schleswig-Holstein hat ihren ersten Honorarbericht herausgegeben. Er macht die Vergütung ärztlicher Leistungen in dem Bundesland im Jahr 2011 transparent, beschreibt den Weg des Geldes vom Krankenkassenbeitrag bis zu den einzelnen Arztgruppen und erklärt Fachbegriffe. (Pressemitteilung der KV Schleswig-Holstein, 5. Februar)

Regionale Honorarverhandlungen: Bremen fertig, Westfalen-Lippe vor dem Schiedsamt

(KV) Kassenärztliche Vereinigung Bremen hat sich Krankenkassenverbänden auf einen Honorarvertrag geeinigt: In diesem Jahr wird es für die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung 10,6 Millionen Euro (5,7 Prozent) mehr als im Vorjahr geben. In Westfalen-Lippe sind die Verhandlungen gescheitert und das Schiedsamt wurde angerufen. Die Gespräche seien konstruktiv und sachlich verlaufen, aber die Positionen lägen zu weit auseinander, sagten die Verhandlungspartner. In Hamburg hat die KV ihre Mitglieder zu einer Urabstimmung über Protestmaßnahmen aufgerufen. Anlass ist der andauernde Honorarkonflikt – aktuell wird in Hamburg das Schiedsamt gebildet. Das Ergebnis der Abstimmung: 95 Prozent der 1.800 Teilnehmer befürworten einen Protest gegen die "Sparpolitik und Blockadehaltung" der Krankenkassen. (Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 5. Februar; Pressemitteilung der KV Hamburg, 5. Februar, Pressemitteilung der KV Bremen, 4. Februar)

KV-on erklärt QEP-Kapitel 5: Qualitätsentwicklung in der Arztpraxis

KV-on, das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), hat den letzten Teil einer Serie über das Qualitätsmanagement-System <u>QEP – Qualität und Entwicklung in Praxen®</u> veröffentlicht. In dem Video geht es um das fünfte Kapitel des QEP-Manuals: Wie entwickelt eine Praxis ein effektives Qualitätsmanagement? QEP wurde von den KVen und der KBV speziell für vertragsärztliche und -psychotherapeutische Praxen konzipiert. (<u>Videopodcast auf KV-on, 31.</u> <u>Februar</u>)

Aus den Verbänden

Ärzte beurteilen frühe Nutzenbewertung von Arzneimitteln positiv

Die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ) hat zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG) eine positive Zwischenbilanz gezogen. Die frühe Nutzenbewertung verbessere die unabhängige Information von Ärztinnen und Ärzten, sagte der Vorsitzende der AkdÄ, Prof. Wolf-Dieter Ludwig. Das AMNOG regelt unter anderem, dass Arzneimittelhersteller für alle neuen Wirkstoffe einen Zusatznutzen für Patienten nachweisen müssen. (Pressemitteilung der Bundesärztekammer, 4. Februar)

Hebammen bekommen mehr Geld

Freiberuflich tätige Hebammen erhalten rückwirkend zum 1. Januar eine mindestens um 13 Prozent höhere Vergütung. Darauf haben sich die Verbände der Krankenkassen und der Hebammen in einem Schiedsverfahren geeinigt. Für den 1. Januar 2015 ist eine weitere Erhöhung um 5 Prozent vorgesehen. (Pressemitteilung des Deutschen Hebammenverbandes, 1. Februar)

Krankenhäuser starten Kampagne

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und ihre Mitgliedsverbände haben die Kampagne "Wir alle sind das Krankenhaus" ins Leben gerufen. Damit wollen sie bei Politik und Öffentlichkeit auf die Finanzierungsprobleme der Krankenhäuser aufmerksam machen. Die aktuelle Situation vieler Kliniken sei dramatisch, erklärte DKG-Präsident Alfred Dänzer. "Wir müssen dringend einen

Kompakt06v060213 2

Denkprozess in Gang setzen, damit die Fakten und Realitäten in unseren Kliniken von der Politik sachgerecht wahrgenommen werden." (Pressemitteilung der DKG, 4. Februar)

Bundesverband der Freien Berufe startet Konjunkturumfrage

Der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) führt im Februar und März eine telefonische Umfrage über die konjunkturelle Entwicklung bei Freiberuflern durch. Rund 8.000 Berufsträger, darunter auch Ärzte, sind aufgefordert, ihre Geschäftslage und Erwartungen bezüglich der Beschäftigungssituation einzuschätzen. Unter www.freie-berufe.de gibt es außerdem die Möglichkeit, online an der Befragung teilzunehmen. (Mitteilung des BFB, 24. Januar)

KOMPAKT-Zahl der Woche: 26

Für 26 Prozent aller Todesfälle im Jahr 2011 war Krebs die Ursache. In den vergangenen 30 Jahren stieg der Anteil an allen Todesfällen um fast 25 Prozent. Diese Zahlen veröffentlichte das Statistische Bundesamt (destatis) anlässlich des Weltkrebstages am 4. Februar. (Pressemitteilung des destatis, 4. Februar)

Aus dem Terminkalender

11.02.2013	Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa Berlin, 18.15 - 19.45 Uhr
13.02.2013	Vertreterversammlung der KV Nordrhein Düsseldorf, 15 Uhr
13.02.2013	Abgeordnetenversammlung der KV Schleswig-Holstein Bad Segeberg, 15.30 Uhr
14.02.2013	Vertreterversammlung der KV Berlin Berlin, 20 Uhr
16.02.2013	Vertreterversammlung der KV Niedersachsen Hannover, 9.30 Uhr
16.02.2013	Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe Dortmund, 10 Uhr
23.02.2013	Vertreterversammlung der KV Hessen Frankfurt, 10 Uhr
27.02.2013	Vertreterversammlung der KV Thüringen Weimar, 14 Uhr
27.02.2013	Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz Mainz, 15.30 Uhr
27.02.2013	Vertreterversammlung der KV Sachsen-Anhalt Magdeburg, 15.30 Uhr
15.03.2012- 16.03.2012	9. Mitteldeutsche Fortbildungstage Halle/Saale, 9 Uhr

Kompakt06v060213

16.04.2013 - KBV Messe Versorgungsinnovation 2013

17.04.2013 Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 4005-2202 Fax: 030 4005-2290

E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php

Kompakt06v060213 4